

**Wahlkreis  
Hamm-Unna II****■ DIE WOCHEN IM BUNDESTAG ■****27. Juni 2014 ■ 6. Ausgabe**

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Sitzungswoche stand ganz im Zeichen der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2014. Die SPD-Fraktion hat gut verhandelt. Bei den Beratungen ist es gelungen, eine neue Lücke im Haushalt von rd. 3,5 Mrd. Euro zu schließen und gleichzeitig wurde erreicht, dass zum Beispiel für Stiftungen und politische Bildung künftig mehr Mittel zur Verfügung stehen als ursprünglich geplant.

Aber die jüngste außenpolitische Entwicklung im Irak erfüllt uns alle mit großer Sorge, denn die Lage im Irak spitzt sich dramatisch zu.

Der große Zulauf zur islamistischen Bewegung ISIS ist in wesentlichen



Teilen die Folge einer verfehlten, die sunnitische Minderheit diskriminierenden Innenpolitik der Regierung Maliki. Erforderlich sind jetzt politische Initiativen zur Wahrung der staatlichen und gesellschaftspolitischen Integration des Iraks. Der Vormarsch der Islamisten demonstriert, welche fatale langfristige

Folgen die US-Intervention von 2003 und die anschließende Politik der Bush-Administration im Irak hatten. Wir haben uns damals zu Recht gegen die Teilnahme am Irak-Krieg entschieden. Genau wie Gerhard Schröder einen militärischen Eingriff abgelehnt hat, gibt es auch heute für Deutschland im Irak keine militärische Option. Wir müssen jetzt zusammen mit unseren Partnern mit den Mitteln der Diplomatie arbeiten. Wir sollten Verantwortung dort wahrnehmen, wo wir ganz konkret gefragt sind, etwa im Engagement für die vom Bürgerkrieg betroffenen Menschen. Die jüngste Entscheidung der Innenminister der Länder, 10.000 weitere syrische Flüchtlinge aufzunehmen, ist hier beispielhaft.



## Novellierung der Verkehrslärmschutzverordnung im Bereich Schiene

Die Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (**Verkehrslärmschutzverordnung – 16. BImSchV**) wird für den Bereich Schiene erstmals seit 1990 fortgeschrieben. Die betreffende Anlage 2 dient der Berechnung der Beurteilungspegel bei Schienenwegen und gilt ausschließlich für Neu- und Ausbaustrecken als Berechnungsgrundlage für den Lärmschutz. Diese sogenannte Schall 03 bringt deutliche Verbesserungen und berücksichtigt technische Weiterentwicklungen. Die Koalitionsfraktionen fordern in einem gemeinsamen Entschließungsantrag im Verkehrsausschuss u.a. im Rahmen der Entwicklung der **EU-Umgebungslärmrichtlinie** darauf zu achten, dass derzeitige Standards dabei nicht unterlaufen werden und über weitere wichtige Punkte einen umfassenden Bericht bis zum vierten Quartal 2016 zu erhalten, um danach ggf. erforderliche Anpassungen in die Wege leiten zu können. Da auch in meinem Wahlkreis Emissionsbelastungen durch Schienenlärm (z.B. auf der Hamm-Osterfelder-Linie) ein wichtiges Thema ist, ist diese Entwicklung zu begrüßen und weitere Maßnahmen sind dringend erforderlich.



## Den Ausbau der erneuerbaren Energien zukunftsfest gestalten

In dieser Woche stand die abschließende Beratung **der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes** auf der Tagesordnung. Diese schafft den europarechtskonformen Rahmen, um den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent zu steigern. Der Ausbaukorridor bildet eine stabile Planungsgrundlage für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die gesamte Stromwirtschaft. Es war gerade im Hinblick auf die Ausbauziele wichtig, die zwischen Bundesregierung und Bundesländern getroffenen Vereinbarungen im parlamentarischen Verfahren nicht aufzuschnüren.

Mit dem Gesetz soll mehr Kosteneffizienz erreicht werden, indem Überförderungen abgebaut und die Einspeisevergütung für Neuanlagen abgesenkt wird. In Zukunft konzentriert sich die Förderung stärker auf die kostengünstigsten Energieträger Windkraftanlagen an Land und Photovoltaik. Die finanzielle Förderung der erneuerbaren Energien wird spätestens 2017 über technologiespezifische Ausschreibungen ermittelt, die durch ein Pilotvorhaben im Bereich Photovoltaik-Freiflächenanlagen erprobt werden soll.



## Wahlkreis Hamm-Unna II



### ■ DIE WOCHE IM BUNDESTAG ■

Außerdem wird die Integration der erneuerbaren Energien in den Strommarkt durch eine verpflichtende Direktvermarktung maßvoll vorangetrieben.



Unter Berücksichtigung der Energie- und Umweltbeihilfeleitlinien der Europäischen Kommission sieht die EEG-Novelle außerdem eine Lösung vor, die es **stromintensiven Industrieunternehmen** erlaubt, auch in Zukunft in Deutschland wettbewerbsfähig zu produzieren. Insgesamt 68 Branchen können unter bestimmten Voraussetzungen auch in Zukunft begünstigt werden. Daneben können im Einzelfall auch besonders stromintensive Unternehmen anderer Branchen privilegiert werden sowie Härtefallregelungen für Unternehmen angewandt werden, die aus den Ausnahmen herausfallen. Damit kann ein weiterer Auswuchs des Entlastungsvolumens für die energieintensive Industrie künftig verhindert und die Entlastung stärker auf die wirklich energieintensiven Unternehmen konzentriert werden, die im internationalen Wettbewerb stehen.

Darüber hinaus stand in dieser Woche eine Länderöffnungsklausel im Baugesetzbuch auf der Tagesordnung, die **länderspezifische Mindestabstände zwischen Windrädern und Bebauung** ermöglicht. Dies ist auf Initiative des Koalitionspartners in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen worden. Anwohnerschutz und Akzeptanz sind wichtige Anliegen, sie dürfen aber nicht dazu führen, dass der Ausbau der Windenergie als wichtiger Beitrag zur Energiewende in einigen Bundesländern faktisch ausgeschlossen ist und Investitionsunsicherheit entsteht.

Die SPD-Fraktion hat deshalb bei dieser Regelung durchgesetzt, dass sie befristet wird, damit Investoren nicht über einen längeren Zeitraum verunsichert werden. Die Landesregierungen müssen sich bis Ende 2015 entscheiden, ob sie von der ihnen eröffneten Möglichkeit Gebrauch machen. Die Sozialdemokraten erwarten von den Ländern, dass sie verantwortungsvoll damit umgehen, den Bestandsschutz bestehender Planungen auf kommunaler und regionaler Ebene gewährleisten und sicherstellen, so dass der Windenergie als wichtiger Beitrag zur Energiewende ausreichend Raum verbleibt.





## Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen bald möglich

Noch im Januar hat das Kanzleramt ein generelles europaweites Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen blockiert. Vier Monate später hat der Bundestag am 22. Mai in namentlicher Abstimmung einen Antrag der Koalitionsfraktionen beschlossen, mit dem nun der Anbau so genannter Genpflanzen in Deutschland verhindert werden soll. Der Antrag sieht vor, dass die EU-Mitgliedstaaten künftig selbst über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen entscheiden sollen. Aktuell geht es dabei vor allem um das **Thema Genmais**: Die EU wird voraussichtlich bald die gentechnisch veränderte Maissorte 1507 zulassen.



Der **EU-UMWELTMINISTERRAT** hat am 12. Juni mit einer überwältigenden Mehrheit den Vorschlag der griechischen Ratspräsidentschaft angenommen, wonach die 28 EU-Mitgliedstaaten künftig die Möglichkeit haben sollen, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen (Opt-out-Regelung). Auf der Grundlage dieses Ratsbeschlusses werden nun weitere Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission, dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament stattfinden – im so genannten **Trilog-Verfahren**. Ein Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens auf EU-Ebene soll möglichst noch bis Ende dieses Jahres erreicht werden.

Klar ist: Die Bürgerinnen und Bürger wollen hierzulande keinen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen. Weit über 80 Prozent der Deutschen lehnen dies laut Umfragen ab.

## Der Mindestlohn kommt - Gesetzentwurf eingebracht

Viele Jahre hat die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür gekämpft, dass in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde eingeführt wird. Am 5. Juni hat das Parlament den Entwurf des Gesetzes **zur Stärkung der Tarifautonomie**, mit dem der

Mindestlohn umgesetzt werden soll, in 1. Lesung debattiert. In den kommenden Wochen wird sich das Parlament intensiv damit befassen. **Das Gesetz soll am 4. Juli beschlossen werden.**

Unser Ziel:  
 Das Leben der Menschen verbessern.

Gesagt ✓  
 Getan ✓  
 Gerecht ✓



## Parlamentarischen Abend

Am Mittwoch habe ich an einem Parlamentarischen Abend der Gemeinschaftsinitiative zur Abschaffung der dualen Systeme (Gemini) teilgenommen. Dabei ging es insbesondere um Überlegungen, wer in Zukunft für die Sammlung und Verwertung von Wertstofftonnen und -säcken zuständig sein soll.



### Im Gespräch mit Hartmut Gaßner

Die Wertstoffsammlung soll noch in diesem Jahr durch ein Wertstoffgesetz bundesweit eingeführt werden. Darüber habe ich unter anderem mit Norbert Rethmann, dem Umweltminister von Baden-Württemberg, Franz Untersteller, dem Rechtsanwalt Hartmut Gaßner sowie mit meinen Abgeordnetenkollegen aus den anderen Fraktionen diskutiert. In meinem Redebeitrag habe ich darauf hingewiesen, dass unabhängig von der noch zu klärenden Frage der Trägerschaft für die Umsetzung des Wertstoffgesetzes, die Produktverantwortung eine zentrale Rolle spielt. Sie sollte zu einem Instrument weiterentwickelt werden mit dem

Ressourcenschutz wirkungsvoll umgesetzt werden kann. Hierzu gehören insbesondere Produkte die gut und hochwertig zu recyceln sind.

## Gespräch mit der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA)

Ebenfalls in dieser Sitzungswoche konnte ich ein Gespräch über Abfallgewinnung durch Klärschlamm mit Dr. Frank Andreas Schendel (Leiter des Büros Berlin) und dem Bundesgeschäftsführer der DWA, Dipl.-Ing. Johannes Lohaus, führen, den ich bereits auf der IFAT kennengelernt habe. Thematisiert wurden u.a. Verfahren zur Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm und die Weiterentwicklung der **Klärschlammverordnung**.







## **Neue Wege deutschlandweit**

### **Michael Thews im Gespräch mit der Geschäftsführung der Heli NET**

Ein schneller und sicherer Datentransfer ist ein wichtiger Standortfaktor für die heimischen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Als lokaler Anbieter mit Sitz in Hamm, plant und realisiert die Heli NET die Breitband-Glasfaseranbindungen und investiert somit in die Infrastruktur unserer Region. 110 qualifizierte Arbeitsplätze manifestieren, dass die Heli NET nachhaltig wirtschaftlich und autark arbeitet.



**Im Gespräch mit der stellvertretenden Geschäftsführerin Ute Hindenlang, Geschäftsführer Ralf Schütte und Prokurist Matthias Pomplun.**

Meine Vorstellung ist, dass die Glasfasertechnologie deutschlandweit als innovative Technik nicht blockiert, sondern ausgebaut wird und möchte insbesondere mein konkretes Interesse an den Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen

in den Städten meines Betreuungsgebietes betonen. Hierbei ist es mir wichtig, dass die kommunalen Unternehmen eingebunden werden, weil ich diese als Teil der Daseinsvorsorge sehe. Regionale Arbeits- und Ausbildungsplätze können dadurch erhalten und geschaffen werden und die Bürgerinnen und Bürger haben Ihre Ansprechpartner vor Ort.

## **Meine Bürgersprechstunden**

Für meine letzte Bürgersprechstunde hatten sich diesmal Mitglieder der Biker-Union angemeldet. Im Vorfeld hatten sie mich angeschrieben und wollten nun über einen Passus im Koalitionsvertrag sprechen, der in Zukunft das Verbot von Erkennungsmerkmalen (Schriftzüge, Symbole, ect.) auf der Kleidung von verbotenen Rockerclubs ermöglichen soll, um die sogenannte Rockerkriminalität zu bekämpfen. Gemeint sind in diesem Zusammenhang sicherlich vor allem die Kennzeichen, die auf Gewaltbereitschaft schließen lassen. Dies geht jedoch aus dem Wortlaut des Koalitionsvertrages nicht hervor und könnte willkürlich so ausgelegt werden, dass auch die in der Bikerszene üblichen und weit verbreiteten Bezeichnungen wie President, Secretary, ect. verboten werden könnten, also Kennzeichen, welche zwar auch, aber eben nicht nur von verbotenen Gruppen getragen werden. Ich habe dieses Thema mit nach Berlin genommen.



Kurz vor Ende des Treffens, habe ich auch noch das Anmeldeformular der Biker Union Hamm unterschrieben und fühle mich als Motorradfahrer mit dem Verein freundschaftlich verbunden.

Ich freue mich sehr, dass meine Bürgersprechstunden so gut angenommen werden und kann nur alle Interessierten herzlich einladen, bei einem der nächsten Termine mit mir ins Gespräch zu kommen!



### **Die erste BPA-Besucherguppe besuchte mich in Berlin**

Auf meine Einladung hin besuchten im Juni fünfzig Bürgerinnen und Bürger aus Lünen, Selm und Werne die Bundeshauptstadt. Mir war es bei der ersten BPA-Besucherguppe aus meinem Wahlkreis, sehr wichtig, für diesen Tag nach Berlin zu fahren, um die Gruppe persönlich begrüßen zu können.



Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer kenne ich persönlich und habe mich gefreut, dass sie so zahlreich der Einladung gefolgt sind. Das abwechslungsreiche Programm sorgte dann auch bei der Gruppe für viele bleibende Eindrücke: Neben Informationsgesprächen im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und dem Willy-Brandt-Haus, war die Stadtrundfahrt, orientiert an politischen Gesichtspunkten, ein besonderes Highlight für die Gruppe. Außerdem standen Besuche in der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße (ehem. Stasi-Zentrale) sowie in der Gedenkstätte und den Museen „KZ und Speziallager Sachsenhausen“ auf dem Programm. Die Besichtigung des Plenarsaals im Reichstag sowie ein Vortrag über die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments rundeten das Besuchsprogramm ab.

Ich verbleibe bis zur nächsten Woche mit vielen Grüßen und einem herzlichen Glückauf!